

Dreißig Jahre Kritischer Agrarbericht

„Wie kam es zur Gründung und was haben AgrarBndnis und Kritischer Agrarbericht bewirkt?“

von Onno Poppinga zum Jubiläum

Um es gleich klarzustellen: Georg ist schuld!

Es war wohl im Herbst 1991, als Georg Janßen zu Mitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft ländliche Entwicklung“ an der Gesamthochschule Kassel sagte: „So etwas wie die Memorandumgruppe, das brauchen wir auch!“ Was genau? „Wir brauchen einen kritischen Agrarbericht, der das prüft, was die Bundesregierung sagt und der das sagt, was die Bundesregierung nicht sagt!“

Worum ging es? Die „Memorandumgruppe“ – vollständiger Name „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ – wurde 1975 vor allem von konomieprofessoren der Universität Bremen gegründet. Wichtige Namen waren Jrg Huffschmid, Rudolf Hickel und Hubert Schui. Sie veröffentlichen jedes Jahr zum 1. Mai ein „Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik“. Sie setzen damit einen Kontrapunkt zu den jährlichen Gutachten des „Wissenschaftlichen Beirats zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Situation“, dessen Mitglieder vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung eingesetzt werden.

Während der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung streng neoliberal argumentiert („die Politik muss alles tun, um die wirtschaftlichen Bedingungen für private Investoren günstig zu gestalten“), knüpft die Memorandumgruppe vor allem an Erkenntnisse von John Meynard Keynes an (Stärkung der Binnennachfrage durch höhere Löhne und öffentliche Investitionen).

Die Veröffentlichungen der Memorandumgruppe wurden damals in den Medien viel beachtet und kommentiert. Das war auch im Jahre 1991 der Fall, als auf den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik eine Wirtschaftskrise folgte (Wirkung der unbedingten Privatisierungspolitik der Bundesregierung – abgewickelt durch die Treuhand – welche in vielen Bereichen zu einer De-Industrialisierung der Neuen Bundesländer führte; hohe Arbeitslosigkeit vor allem in Ost aber auch in West; starker Anstieg der Staatsverschuldung).

Für die AbL und für den Dachverband der Deutschen Agraropposition – so hieß das AgrarBndnis anfangs – waren neben der Frage, welche Wirkungen der Beitritt der DDR für die Landwirtschaften in Ost und West haben würde, sowie der Auseinandersetzung mit den durch die Industrialisierung der Landwirtschaft ausgelösten Umweltproblemen vor allem die Debatte um die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik auf die Weltagrarmrkte von größter Bedeutung (als „MacSharry-Reform“ wurde das wenige Jahre später umgesetzt).

In der deutschen Agrarpolitik hatte der „Agrarberichte der Bundesregierung“ – anfangs hieß er noch „Der Grüne Plan“ – seit seiner Ersterscheinung im Jahre 1956 für die öffentliche Diskussion um Landwirtschaft eine zentrale Bedeutung. Jedes Jahr organisierte die Regierung zudem mit der „Grünen Woche“ in Berlin einen publikumswirksamen Hintergrund für diesen Bericht.

Georg Janßens Forderung war nun nichts weniger, als dass zu den Positionen und Argumentationen, die die Bundesregierung in diesem jährlichen „Agrarbericht“ ausbreitete, eine eigene kritische Auseinandersetzung erarbeitet werden sollte, möglichst genauso regelmäßig wie der Bericht der Bundesregierung und möglichst am gleichen Ort und zur gleichen Zeit der Öffentlichkeit vorgelegt.

Und das sollte nun die „Arbeitsgemeinschaft für ländliche Entwicklung an der Gesamthochschule Kassel“ in die Hand nehmen. „So etwas wie die Memorandumgruppe für die Landwirtschaft“ auf die Beine stellen.

Wer war das nun, die „Arbeitsgemeinschaft für ländliche Entwicklung“? Da ist schon von einer recht speziellen Geschichte zu berichten. Die Arbeitsgemeinschaft verdankte ihrer Entstehung nämlich nicht, wie man vermuten möchte, der Arbeit an der Hochschule selber, sondern sie ging hervor aus Gesprächen zwischen der SPD und der Partei „Die Grünen“ in Hessen in den Jahren 1984 und 1985. Bei gleich zwei kurz hintereinander durchgeführten Landtagswahlen war zwar die CDU die stärkste Partei geworden, die FDP aber unter 5 % geblieben. Die überhaupt nicht geliebte Alternative war eine Vereinbarung zwischen SPD und Grünen (an der Spitze Holger Börne und Josef Fischer). Als die Gespräche dazu beginnen sollten traten die Grünen an den „Arbeitskreis Junger Landwirte in Nordhessen“ (eine regionale Gruppe der Abl) heran mit dem Wunsch, für die Grünen die Verhandlungen um Agrarpolitik zu führen.

Tolle Möglichkeit für uns. Durch unsere Arbeit waren wir inhaltlich gut vorbereitet. Wir verstärkten unsere Verhandlungsgruppe noch um Josef Jacobi und Friedrich Wilhelm Gräfe zu Baringdorf und dann ging es los. Ständiges Hin- und Herfahren zwischen Nordhessen und Wiesbaden gehörten für einige Wochen dazu. Der offizielle Verhandlungsführer von den Grünen hieß Jörg Treber; für die SPD verhandelten der bisherige Landwirtschaftsminister Willi Görlach und sein Staatssekretär Jörg Jordan.

Ich glaube auch im Nachhinein, dass wir gut verhandelt haben. Hier nur in Schlagworten. Vereinbart wurden u.a.:

- ein Existenzsicherungsprogramm für klein- und mittelbäuerlichen Betriebe (u.a. ein nach Bestandsgröße gestaffelter Zuschlag des Landes Hessen zum Milchauszahlungspreis).
- Änderung des Landpachtgesetzes (Bevorzugung kleiner und mittlerer Betriebe; ortsansässige Pächter und Landanlieger sollten bevorzugt werden).
- Keine Flurbereinigung mehr, wenn die Mehrheit der Beteiligten dagegen war.
- Förderung der Direktvermarktung (u.a. sollte es wie in Österreich ermöglicht werden, dass die frische Milch vom Bauernhof im Lebensmitteleinzelhandel verkauft werden darf).
- Förderung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum durch das Programm „Eigenständige Regionalentwicklung“. Hier knüpften wir an die Erfahrungen der Österreichischen Bergbauernvereinigung an.
- Förderung ökologischer Anbaumethoden. Die Hessischen Staatsdomänen sollten nach Auslaufen der Pachtverträge auf Ökologische Landwirtschaft umgestellt werden; Einrichtung von zwei Stellen für Ökoberater bei der Agrarverwaltung.
- Bodenschutz

Tja, und jetzt komme ich zur „Arbeitsgemeinschaft für ländliche Entwicklung“. Es war vor allem Friedrich Wilhelm Gräfe zu Baringdorf, der die Forderung in die Verhandlungen einbrachte: Wir brauchen auch eine Veränderung der Agrarforschung und das geht nur, wenn es dafür Stellen für

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gibt! Die SPD-Seite war erst überrascht, hatte dann Zweifel, aber schließlich nickte Herr Görlach Zustimmung („Daran solls nicht scheitern“).

Im Haushaltsplan des Landes Hessen fand sich die Vereinbarung dann wieder mit folgenden Worten: „Ausweitung der Agrarforschung, die nicht am landwirtschaftlichen Wachstumsmodell orientiert ist, an der Gesamthochschule Kassel (Arbeitsgemeinschaft für ländliche Entwicklung).“ Dafür sollten 4 Stellen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zugewiesen werden.

Auf den Trubel an der Hochschule, die diese Zuweisung von Planstellen am Hessischen Kultusministerium und an allen Gremien der Hochschule vorbei auslöste, will ich hier nicht näher eingehen. Aber schließlich: die Gesamthochschule Kassel und unser Fachbereich waren tolle Einrichtungen, „Wenn ihr das so wollt, dann wird es auch so gemacht.“ Die ersten, die eingestellt wurden, waren Götz Schmidt, Dieter Voegelin, Andrea Fink-Kessler und Manuel Ehls.

Was ergab sich nun aus der Aufgabe „Agrarforschung, die nicht am landwirtschaftlichen Wachstumsmodell ausgerichtet ist?“ Von der Zahl her waren wir anfangs zu fünft, wurden dann aber schnell mehr über Drittmittel, über Promotionsstipendien und über ABM-Maßnahmen (die gab es damals auch für Wissenschaftler). Neben der Lehre an der Hochschule (die war für uns alle sehr wichtig!), neben Gutachten und Forschungsarbeiten war für uns auch geradezu grundlegend eine Forderung, die Karl-Friedrich Osenberg (1. Vorsitzender der AbL) mit großem Nachdruck an uns gestellt hatte: „Es ist ja schön, wenn ihr die Arbeit von uns Bauern unterstützt, aber ihr müsst auch euer eigenes Feld beackern, und das heißt, die Auseinandersetzung in der Wissenschaft führen“.

Das war, wie sich herausstellen sollte, ein sehr steiniger Acker. Wir begannen, indem wir andere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu Tagungen einluden. Als Überschrift wählten wir „Wissenschaftler für eine bäuerliche Landwirtschaft“. Die erste fand statt in Bielefeld im Jahre 1988; Antje Vollmer war damals eine Gesprächspartnerin vor Ort. Das Interesse war sehr groß; wir mussten wegen räumlich begrenzter Teilnehmerzahl vielen absagen. Hugo Gödde und Dieter Voegelin haben aus den Vorträgen dann den schönen Sammelband „Für eine bäuerliche Landwirtschaft“ gemacht.

Nun lag es nahe, Georg Janßens Forderung nach „So etwas Ähnliches wie die Memorandumgruppe“ mit Hilfe dieses neuen Arbeitszusammenhangs zu beginnen. Da gab es nur ein großes ABER: Im Agrarbericht der Bundesregierung, zu dem wir einen Kontrapunkt setzen sollten, wurde vor allem ökonomisch argumentiert. Bei den Treffen der „Wissenschaftler für eine bäuerliche Landwirtschaft“ waren zwar kluge Vertreter und Vertreterinnen aus fast allen Disziplinen dabei – nur die Agrarökonominnen und Agrarökonominnen fehlten!

Was tun? Wir luden Mitglieder der zwei Institutionen, bei denen wir uns Interesse erhofften, zu kleineren Tagungen ein. Das war einmal das „Institut für ländliche Strukturforschung“ von Hermann Priebe in Frankfurt und das Institut für Agrarökonomie von Günther Weinschenck aus Hohenheim. Warum die? Prof. Priebe lieferte sich seit Jahren heftige Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Bauernverband und erhob seine Stimme auch für die kleinen Betriebe. Prof. Weinschenck, ein wirklich berühmter Ökonom mit Gastprofessur in Oxford, hatte die Kritik an der landwirtschaftlichen Überschussproduktion und ihren Zusammenhängen mit den Nitratüberschüssen und Pestizidbelastungen in seiner Arbeit aufgenommen und versuchte, Auswege zu beschreiben (u.a. mit Steuern auf Stickstoff und Pestizide).

Wir haben uns sehr bemüht, aber letztlich ohne nachhaltigen Erfolg. „Spuren“ unserer Bemühungen finden sich im ersten Kritischen Agrarbericht von 1993 mit den Beiträgen der Professoren Priebe, Weinschenck und Bauer.

Nachdem wir auch in der Folgezeit immer wieder negative Erfahrungen auf dem steinigem Acker „Wissenschaftliche Agrarökonomie“ sammelten, wurde langsam klar, warum wir wohl scheitern mussten: Die Agrarökonomie in Deutschland ist von ihrer grundsätzlichen Ausrichtung und von ihren Methoden her so etwas wie ein „closed shop“. Viel später hat Katrin Hirte das in ihrer Habilitation detailliert nachgezeichnet.

Der Misserfolg bei den Kollegen aus der Agrarökonomie öffnete uns aber die Augen dafür, was ohnehin unsere Stärke war und unsere eigene Arbeit prägte: Landwirtschaft in ihren vielfältigen Bedeutungen zur Gesellschaft zu sehen und nicht als ein Thema speziell für AgrarökonomInnen!

Die Vielfalt an wissenschaftlichen Zugängen, die in „Wissenschaftler für eine bäuerliche Landwirtschaft“ vertreten war, genauso wie die Vielfalt an Organisationen, die sich im AgrarBündnis zusammengefunden hatten, nur das konnte die Grundlage für den geplanten „Kritischen Agrarbericht“ sein. Und so wurde es denn auch.

Eine sehr wichtige Frage war dann noch: Und, wer kann das in die Hand nehmen? Wer mag mit dieser Vielfalt arbeiten? Wer kann diesen „Haufen Flöhe“ zu einem Arbeitszusammenhang zusammenbringen? Erfreulicherweise hatten wir schon vorher Verbindung zu Frieder Thomas bekommen, der am Ökoinstitut Freiburg gearbeitet hatte und der später bei uns seine Promotion zum Thema „Kommunale Agrarpolitik“ schreiben sollte. Frieder Thomas übernahm diese Aufgabe bei anfangs sehr wackeliger finanzieller Ausstattung. Selbstverständlich wurde er unterstützt von uns allen, vor allem aber von Andrea Fink-Keßler und Bernd Keller.

Die ersten Kritischen Agrarberichte wurden noch weitgehend im Rahmen der AG Ländliche Entwicklung und der Gesamthochschule Kassel hergestellt. Nach und nach aber entstanden eigenständige Arbeitszusammenhänge und Finanzierungsformen.

Und da sind wir jetzt: Georg Janßen ist schuld!